

Daniela Heimpel

Mehr Energie für Europa

Klimawandel, Reaktorkatastrophen, Verknappung fossiler Ressourcen – diese Probleme können nicht national gelöst werden. Eine engere Zusammenarbeit im Energiebereich ist daher notwendig, in Europa aber nach wie vor ausbaufähig.

Daniela Heimpel

(*1988) studiert am Institut d'études européennes der Université libre de Bruxelles und arbeitet als freie Journalistin.

daniela.heimpel@gmx.de



Auf paradoxe Weise führen Katastrophen manchmal auch zum Fortschritt. So fand drei Tage nach der Havarie in Fukushima ein Sondertreffen der EU-Energieminister statt und am 21. März eine außerordentliche Tagung des Europäischen Rates. Um Nuklearunfälle in Europa zu vermeiden, werden alle Kernkraftwerke in der EU derzeit Stresstests nach einheitlichen Kriterien unterzogen. Am 9. Dezember werden die ersten Ergebnisse dem Europäischen Rat vorgelegt. Bestehen AKWs den Test nicht, liegt es in der Hand der betroffenen Länder, Nachbesserungen vorzunehmen oder den Reaktor abzuschalten. Da die Kommission die Berichte veröffentlicht, ist nach EU-Angaben der nötige Druck zum Handeln gegeben.

Die Lage in Japan hat in einer Reihe von Ländern einiges in Bewegung gesetzt. In Deutschland führte sie zur öffentlichen Mobilisierung gegen die Verlängerung der Restlaufzeiten, zum dreimonatigen Moratorium und zum endgültigen Atomausstieg. Jedoch »leben wir in Deutschland nicht auf der Insel der Glückseligen«, sagt Norbert Glante, Mitglied der S&D-Fraktion im Europäischen Parlament und des dortigen Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie. »Wir haben rundherum Kernkraftbetreiber, von denen wir

auch Strom beziehen. Insofern ist es wichtig, gemeinsame europäische Standards zu haben.«

Mit dem Vertrag von Lissabon von 2009 liegt die Energiepolitik in europäischer Kompetenz, mit einer Ausnahme: dem Energiemix. »Im Geiste der Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten« soll ein funktionierender Energiebinnenmarkt geschaffen und die Versorgung in der EU gesichert werden. Weiterhin sollen Energieeffizienz und -einsparungen sowie die Verbindung der Netze untereinander gefördert und gleichzeitig neue und erneuerbare Energiequellen entwickelt werden. Damit will man den drei großen Herausforderungen begegnen: Klimaschutz, Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit. Norbert Glante zufolge habe man sich vor Lissabon über Umwege behelfen müssen: »Wir haben z.B. über Wettbewerbspolitik die drei Energiebinnenmarktpakete verabschiedet oder über Umweltpolitik die Ökodesign-Richtlinie.«

Es hapert an der Umsetzung

Im »20-20-20-Beschluss« des Europäischen Rates von 2007 wurde die Reduktion der Treibhausgasemissionen um 20 % gegenüber 1990, die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien auf 20 % und die Steigerung der Energieeffizienz um 20 % gegenüber 2005 festgelegt, alles bis 2020. Im Gegensatz zu den Effizienzstandards ist die Erneuerbare-Energien-Quote bindend und kann bei Vertragsverletzung mit Strafzahlungen geahndet werden. Allerdings müssen 20 % erneuerbare Energien in der EU

insgesamt erreicht werden. Jedes Land hat abhängig von seinem BIP einen eigenen Anteil Erneuerbarer zu erreichen. In Deutschland sind es 18 %. Die Strategien zur Umsetzung bestimmt jeder Mitgliedsstaat selbst, er muss der Kommission aber mit einem nationalen Aktionsplan Rechenschaft ablegen. Die Regelung ist nicht zuletzt dem Energiemix geschuldet, der jedem europäischen Land freisteht. Nur im Verkehrssektor ist ein zehnpromzentiger Anteil von Biokraftstoffen festgelegt. Anfang 2011 zeigte sich die Kommission zufrieden mit den Aktionsplänen, nicht aber mit deren Umsetzung.

Weiter sei es an der Zeit, den Energiebinnenmarkt zu vollenden – bis 2014. Einen Beitrag soll die kürzlich vorgelegte Fazilität »Connecting Europe« leisten, mit der Energieinfrastrukturprojekte von »gemeinsamen Interesse« mit 9,1 Milliarden Euro gefördert und deren Genehmigungsverfahren erleichtert und verkürzt werden sollen. Die Grundlagen für den Energiebinnenmarkt sind mit den drei Energiebinnenmarktpaketen gelegt worden, ein echter europäischer Gas- und Elektrizitätsmarkt ist das Ziel. »Nach 2015 sollte kein EU-Mitgliedsstaat mehr von den europäischen Gas- und Stromnetzen abgekoppelt [...] sein«, hält der Europäische Rat zu Beginn dieses Jahres fest. So können bei Versorgungsschwierigkeiten andere europäische Länder aushelfen. Energiesolidarität – so das Stichwort.

Erneuerbare Energien nehmen einen zentralen Platz in der EU-Energiepolitik ein, wie auch die Erneuerbare-Energien-Richtlinie zeigt. Sie wurde 2009 im Rahmen des Klimapakets verabschiedet. Ein effektiver Rahmen, den die Mitgliedsstaaten ernst nehmen und umsetzen müssen.

Doch um die Energie- und Klimaschutzziele zu erreichen, reicht all das nicht aus. Mit der Energiestrategie 2020 vom 10. November 2010 schlägt die Kommission vor, mehr Energie zu sparen. Vor allem im Verkehrs- und Gebäudesektor. Da-

bei sollen neue Investitionsanreize und Finanzierungsinstrumente zur Anwendung kommen. Was die Effizienz angeht, so soll der öffentliche Sektor mit gutem Beispiel vorangehen. Dann sind private Gebäude und Industrieausrüstungen an der Reihe. Intelligente Netze (»Smart Grids«) und Zähler geben den Verbrauchern die Möglichkeit, ihren Energiever-

brauch zu optimieren, so sieht es der Energieeffizienzplan vor.

Das klingt positiv, dennoch bleibt einiges zu tun. Kritiker des ersten Energiegipfels beklagen die Unverbindlichkeit des Energieeffizienzziels. 20 % Effizienzsteigerung bis 2020 – »das wird auf keinen Fall erreicht werden, wenn die EU so weitermacht wie bisher«, sagt Frauke Thies, Energieexpertin bei Greenpeace Brüssel. 30 % Emissionsreduktion im Vergleich zu 1990 sei »technisch absolut kein Problem«. Es sei nur politisch schwierig zu realisieren, wenn die entsprechenden Maßnahmen nicht gefördert würden – Effizienz sei ein kostengünstiges Mittel. Man habe zwar am Anfang Investitionskosten, spare diese aber später wieder ein. Für die Anfangsinvestitionen brauche man aber »politische Maßnahmen«.

Investiert wird bereits, aber auch in fossile Brennstoffe, vor allem in Atomkraft. »Technologien, die als sogenannte *Low-Carbon-technologies* angepriesen werden, vor allem eben Atomkraft- und Kohlenstoffspeicherung, gehören zu den teuersten Technologien«, sagt Thies, »und die Kosten steigen immer weiter«. Von den beiden Kraftwerken in der EU, die gerade im Bau sind, sei der finnische Reaktor mehr als vier Jahre hinter dem Zeitplan und mehr als 100 % über dem veranschlagten Budget, derzeit bei fünf Milliarden Euro. Viele Investitionsgelder fließen auch in neue Technologien wie die höchst umstrittene Kohlendioxidspeicherung (CCS), ein Verfahren, um Kohlendioxid abzuscheiden und geologisch zu speichern. »Wobei keiner weiß, ob diese Technologie funktionieren wird«, sagt Thies.

Atomkraftwerke zählen auf der europäischen Agenda zu den heiklen Themen, da die Ausgangslage in den Mitgliedsstaaten komplett unterschiedlich ist. Während bisher in Deutschland ca. ein Viertel der Energieproduktion mit Kernenergie gedeckt wurde, liegt der Wert in Frankreich bei etwa drei Viertel. Konflikte sind also vorprogrammiert. Eine europäisch einheit-

liche Energie-, und vor allem Kernenergie-Sicherheitspolitik gibt es bisher nicht, lediglich Empfehlungen.

Innovative Ansätze

Doch es existiert andererseits auch eine Reihe innovativer Ansätze. So schlug z.B. die ehemalige EU-Kommissarin Michaele Schreyer 2009 die Gründung einer Europäischen Gemeinschaft für Erneuerbare Energien (ERENE) vor. Ein Konzept, nach dem der gesamte Strombedarf in der EU mit erneuerbaren Energien gedeckt wird. Doch wie soll das möglich sein? Durch ein »europaweites Verbundnetz, im Stromsektor beispielsweise«, sagt Schreyer. »Europa ist zum Glück in der Situation, dass auf dem Kontinent alle erneuerbaren Energiequellen zur Verfügung stehen«. Nun sei eine politische Weichenstellung nötig. Bis 2030 würden ohnehin fast 50 % der Erzeugungskapazitäten für Strom zum Ende ihrer Nutzungszeit kommen. Man müsse sich gezielt dafür entscheiden, den ohnehin notwendigen Investitionsbedarf mit Erneuerbaren zu decken. Europa brauche einen Energiemix aus fluktuierenden und konstant verfügbaren Energien wie Biomasse oder Wasserkraft aus Pumpspeicherkraftwerken. Auch sichere der größere geografische Ausgleichsraum ein konstantes Energieangebot. Die Vorteile: umweltfreundlicher, weniger Speicherkapazitäten nötig, unabhängiger von außereuropäischen Ländern und langfristig preisgünstiger. Die bei Atomkraftwerken zusätzlich anfallenden Kosten für Stilllegung, Endlagerung etc. entfielen ja. Schließlich stünden, so Schreyer, nicht nur AKWs, sondern auch Erneuerbare für ein Plus an Arbeitsplätzen. Energiepolitik als Industrie- und Arbeitsmarktpolitik sozusagen.

Ob man von der Vision 100 % Erneuerbare ausgeht oder nicht – die Richtung ist klar. Es muss mehr Energie in Europa gesteckt werden. ■